Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Post-nachnahme.

№ 161. **Freitag** den 10. Juni 1887. **81. Jahrgang**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 16. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 4. Juli d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:
Nr. 1716. Gesetz, betreffend die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen. Vom 23. Mai 1887.
Nr. 1717. Gesetz, betreffend Abänderungen des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873. Vom 25. Mai 1887.

Leipzig, am 6. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der bei Herstellung des neuen Pleißenfluthbettes und der Paunsdorfer Fluthrinne ober- und unterhalb des Schleußiger Weges, sowie bei Höherlegung dieses Weges erforderlichen Erdarbeiten soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Herstellung des neuen Pleißenfluthbettes und der Paunsdorfer Fluthrinne, sowie Höherlegung des Schleußiger Weges"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 18. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 7. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 2133. Dr. Georgi. Kretschmer.

Die dem Kaufmann Herrn **Carl Gustav Herold** hier am 5. Februar l. Js. diesseits unter Nr. 1239 ausgefertigte Gewerbe-Legitimationskarte ist in Verlust gerathen und wird zur Verhütung von Mißbrauch hiermit für ungiltig erklärt.

Leipzig, den 6. Juni 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. B.

Vermiethung der alten Buchhändler-Börse.

Die **alte Buchhändler-Börse**, Ritterstraße Nr. 12 hier, wird voraussichtlich spätestens zu Johanni 1888 in den Besitz der **Universität** übergehen.

Dieselbe enthält im Parterre die Geschäftsräume des Vorstandes des Börsenvereins der deutschen Buchhändler und einen kleinen Saal, in der Etage, einen dieselbe vollständig umfassenden, Saal mit Gallerien.

Vereine und andere Reflectanten, welche diese Räumlichkeiten zusammen oder getrennt ohne wesentliche Umgestaltung ermiethen möchten, wollen sich gefälligst mit dem unterzeichneten Rentamt ins Vernehmen setzen.

Leipzig, am 27. Mai 1887.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Kram-, Roß- und Viehmarkt
zu Liebertwolkwitz
Mittwoch, den 15. Juni 1887.

Abgaben werden nicht erhoben.

Der Gemeinderath.
Dyck.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von **Löberitz-Greitz**, Band III, Artikel 130, auf den Namen des Geschäftsführers **Friedrich Hohmann** zu **Wadendorf** eingetragenen, in Löberitz-Greitzer Flur belegenen Grundstücke, als:

1) Kartenblatt 4 Parcelle 43, Plan 20 von 1 ha 22,80 a, Acker,
2) Kartenblatt 3 Parcelle 108, Plan 19 in der Vogtei von 20,90 a, Wiese,

am **29. Juni 1887, Vormittags 9 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 9,98 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 1,43,70 ha zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchartikels, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Zimmer Nr. 4, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 1. Juli 1887, Vormittags 11 Uhr an Gerichtsstelle verkündet werden.

Zörbig, den 3. Mai 1887.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist zufolge Verfügung vom 31. v. M. heute Folgendes eingetragen worden: Unter Nr. 294 die Firma

Oscar Scheibe zu Annaburg

und als deren Inhaber der Getreidehändler

Oscar Scheibe zu Annaburg.

Torgau, den 2. Juni 1887.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Zur irischen Frage.

Das englische Unterhaus ist nach endlosen Berathungen am Mittwoch dahin gelangt, den dritten Artikel der irischen Strafrechtsbill, welche die Einführung besonderer Geschworenengerichte für gewisse Fälle bestimmt, anzunehmen; wann die Vorlage Gesetz werden wird, ist aber noch immer nicht abzusehen, da die Parnelliten und Gladstoneaner in der systematischen Verschleppung der Abstimmungen das Aeußerste leisten. Welche Zustände durch das Gebahren dieser beiden Parteien in England sich schon herausgebildet haben, darüber gab eine kürzlich in Birmingham von Chamberlain gehaltene Rede schlimme Aufschlüsse. Nach der Auffassung dieses Parteiführers geht die Absicht der Gladstoneaner dahin, die Regierung zur Abdankung oder zur Ausschreibung von Neuwahlen zu zwingen. Sollte es zu diesen kommen, dann würde das nach großen politischen und socialen Reformen begierige Volk das Parlament von Leuten reinigen, welche aus persönlicher Eitelkeit und Parteiverblendung jeden Fortschritt der Gesetzgebung hindern. Es scheint jedoch, daß die Regierung die Bestrebungen Gladstone's und der Parnelliten mit größerer Kälte betrachtet als Chamberlain und entschlossen ist, die Berathung über die irische Strafrechtsbill beharrlich zu Ende zu führen, wie Balfour bereits vor einigen Wochen im Unterhause erklärte. Die Iren bereiten sich denn auch auf die Zeit vor, in welcher das Gesetz in Kraft treten wird, und der Agitator Davitt hält an verschiedenen Orten Brandreden, um die Pächter zum Widerstande gegen die Gutsherren aufzureizen. In Bohyke empfahl er den Pächtern, die Gutsherren mit bewaffneter Hand anzugreifen, und hielt diese Aufforderung in Swords bei Dublin aufrecht mit dem Bemerken, daß englische Freundschaft nicht durch irische Freiheit erkauft werden dürfe. Seine Rede gipfelte in dem Rathschlage, sobald die Bill Gesetz geworden sei, das Boycottverfahren in Anwendung zu bringen und Jeden, der Anzeige erstatte, so zu behandeln, wie es Angebern gebühre. Da die Gemeinderäthe und die Geistlichkeit in vielen Gegenden Irlands auf der Seite der Pächter stehen, so läßt sich ermessen, welche Zustände in Irland sich entwickeln werden.

John Bright nannte das Betragen der Iren gegen die Königin bei Gelegenheit ihres Regierungsjubiläums in einem in Birmingham zur Verlesung gelangten Brief mit Recht schmachvoll und sprach sich über Gladstone mit größter Bitterkeit aus. In der That ist die Aufführung des Dubliner Gemeinderaths gegen die Königin geradezu empörend. Der Oberstkämmerer Lord Lathom hatte dem Gemeinderath 12 Einlaßkarten zum Jubiläumsdankgottesdienst in der Westminsterabtei für den 21. Juni zur Verfügung gestellt, der Gemeinderath lehnte aber die Betheiligung an der Feier durch einen mit 24 gegen 5 Stimmen gefaßten Beschluß folgenden Inhalts ab: Bei der gegenwärtigen traurigen Lage des Landes und Angesichts der Thatsache, daß die Regierung jetzt durch das Parlament das 87. Zwangsgesetz, das für Irland seit der Unionsacte angenommen wurde, hindurchzwänge, eine Maßregel, welche die verfassungmäßigen Freiheiten des Landes aufheben und unverdiente Leiden der Bevölkerung nach sich ziehen werde, sei der Gemeinderath der Ansicht, daß es eine Mißachtung der Gefühle der irischen Nation sein würde, wenn er sich jetzt an einer öffentlichen Jubelfeier irgendwie betheilige. Der Gemeinderath sehe hoffnungsvoll der Zeit entgegen, in welcher die Königin nach Irland kommen und die erste Session des irischen Parlaments eröffnen werde, vom irischen Volke freudig bewillkommnet und durch den dankbaren Zuruf von Millionen Iren belohnt werden würde. Das ist die Sprache, welche die gewählten Vertreter der Hauptstadt Irlands gegen Englands Königin kurz vor Vollendung ihres 50. Regierungsjahres führen, und mit solchen Leuten unterhält Gladstone, der noch vor Kurzem die Regierung Englands im Namen der Königin führte, freundschaftliche Beziehungen und macht Agitationsreisen, um den Aufruhr auch in Wales zur Entfaltung zu bringen. Dort verweigern die Bauern die Zahlung des Zehnten und verlangen die Abschaffung der Staatskirche. Neulich konnten sich Gerichtsvollzieher, welche den verweigerten Zehnten erheben wollten, vor der Wuth der Bauern nur dadurch retten, daß sie den Fluß Ryeuwy durchschwammen. In einem anderen Falle wurden die Gerichtsdiener von Weibern mit Knütteln verfolgt, und im Meifod-Thale beschlossen die Farmer, die Gerichtsvollzieher als Einbrecher zu behandeln. Wenn Gladstone eigens sich in ein Land, wo solche Zustände herrschen, begiebt, um die Bewohner in ihren revolutionären Forderungen zu bestärken, so läßt sich denken, was daraus entstehen muß.

Es giebt in England kein Gesetz, um derartige gefährliche Agitationen zu verbieten, sonst würde Gladstone, ebenso wie den irischen Agitatoren längst von den Behörden ein Riegel vorgeschoben worden sein, aber es besteht in England das Tribunal der öffentlichen Meinung in einer Machtvollkommenheit, die ihres Gleichen sucht, und glücklicherweise hat das einflußreichste englische Blatt, die „Times", den Muth gehabt, die Parnelliten als die Genossen von Mördern zu bezeichnen. Bekanntlich hat dieser Angriff zwar einigen Scandal im Parlament zur Folge gehabt, aber der Antrag der Parnelliten, daß sich das Parlament als Tribunal zur Untersuchung des Falles aufthun solle, dem auch Gladstone beistimmte, hat nicht die Mehrheit erhalten.

Die Parnelliten waren demnach darauf angewiesen, gegen die „Times" gerichtlich vorzugehen, das haben sie aber unterlassen und dadurch mittelbar zugestanden, daß die Anklage der „Times" begründet ist. Diese moralische Niederlage der Parnelliten hat einigen Eindruck gemacht, aber sie hat doch noch nicht hingereicht, um sie der öffentlichen Verachtung preiszugeben. Chamberlain hat vollkommen Recht, wenn er eine constitutionelle Regierung unter den bestehenden Verhältnissen für unmöglich erklärt, aber die Regierung hat keine Mittel in Händen, um gegen diese Uebelstände mit Gewalt vorzugehen. Man kann sich dann freilich nicht wundern, wenn die Bevölkerung endlich zur Selbsthilfe schreitet, wie das bereits durch den vor einiger Zeit in einem Theil Irlands erfolgten Aufruf zur Volksbewaffnung geschehen ist. Der Uebermuth der Iren hat bereits einen Grad erreicht, daß eine Katastrophe kaum noch zu vermeiden sein dürfte, ihre Agitatoren sorgen dafür, daß die Gesetze in Irland nahezu außer Kraft gesetzt sind.

Wir Deutschen haben für solche Zustände kein Verständniß, weil wir die politische Freiheit nicht in dem Sinne auffassen, daß man ungestraft zum Aufruhr hetzen darf. In England findet man darin nichts besonders Schlimmes, wie die große unlängst im Hydepark stattgehabte Versammlung gegen die irische Strafrechtsbill bewiesen hat, welche von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Gladstone veranstaltet worden war, um die Iren in ihrem Widerstande gegen die Gesetze zu bestärken. Denn die Verwerfung der Strafrechtsbill wäre gleichbedeutend mit einem Freibrief für die Irländer, gegen die Gutsherren nach Belieben zu schalten. Gladstone faßt die Sache dahin auf, daß sich England Ruhe vor irischen Mordanschlägen durch fortwährende maßlose Zugeständnisse erkaufen soll, aber es ist mehr als zweifelhaft, ob dieser Zweck dadurch erreicht werden würde. Was die Iren wollen, hat erst jetzt wieder der Dubliner Gemeinderath klar und deutlich gesagt: sie wollen ein irisches Parlament haben, um sich selbst zu regieren; was aber aus den englischen Grundbesitzern in Irland werden soll, wenn das geschieht, das behalten die Iren für sich. Wenn sie jetzt, wo sie formell noch unter der Herrschaft englischer Gesetze stehen, schon die Auflösung aller staatlichen Ordnung anstreben, wie werden sie später erst gegen diejenigen verfahren, welche sie als ihre Peiniger zu betrachten gewohnt sind, wenn diese nicht mehr den Schutz der englischen Gesetze genießen? *

Leipzig, 10. Juni 1887.

* Die Nachrichten über das **Befinden des Kaisers** sind, nach der „Post", günstig. Die katarrhalische Affection hat sich insoweit gebessert, daß der Kaiser am Mittwoch außer Bett sein konnte. — Der Hofbericht meldet: „Der Schlaf Sr. Majestät des **Kaisers** war in der vergangenen Nacht öfters unterbrochen. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung."

* Zum **Schiffbruch des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Oder"** schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

Ueber den beklagenswerthen Unfall, von welchem der Postdampfer „Oder" bei der Einfahrt in den Golf von Aden betroffen worden, liegen nunmehr nähere Nachrichten vor, aus denen zu ersehen, daß zwar die Post und die Passagiere gerettet worden, daß aber ein Officier und drei Leute der Schiffsmannschaft dabei das Leben eingebüßt haben. Der Verlust des seit dem 30. Juni 1886 in Dienst auf der ostasiatischen Linie fahrenden Schiffes trifft die subventionirte Post-Dampfschifffahrt in empfindlicher Weise und fügt derselben unzweifelhaft einen größeren materiellen Schaden zu.

Ueberall im Reiche wird dieser Unfall, der unserer tüchtigen und verdientermaßen in allen Meeren hochgeschätzten Handelsmarine zugestoßen, mit inniger Theilnahme aufgenommen werden; nur ein Theil der „**freisinnigen**" Presse vermag selbst bei diesem betrübenden Anlaß seinen gegnerischen Standpunct nicht zu überwinden: im Besonderen erinnert Herrn E. Richter's „Freisinnige Zeitung" in nicht mißzuverstehender Absicht an die Festlichkeiten, welche die Abfahrt der „Oder" zur Eröffnung der neuen Verbindung mit dem fernen Osten begleiteten. In dieser Haltung kommt, von den Parteierwägungen ganz abgesehen, eben nur wieder das dem Deutschthum so zäh anhaftende kleinliche Spießbürgerthum und engherzige Wesen, das Erbe trüber früherer Entwickelungsepochen, zum Vorschein, welches sich, trotz aller großsprecherischen Redensarten, welche die Wortführer dieser Richtung über die Culturaufgaben unseres Volkes gerne im Munde führen, doch auch heute noch dem Zuge über das Meer nörgelnd und hemmend in den Weg stellt, welcher doch von der Ausbreitung und Kräftigung des heimischen Handels und der vaterländischen Industrie als unternahbar anerkannt ist.

Es ist im Leben jener Völker, welche diesem Zuge aus Gründen wirthschaftlicher Nothwendigkeit schon länger als die Deutschen folgen, zur festen Ueberlieferung geworden, einen gewissen Procentsatz an Eigenthum und Leben auf das Verlustconto zu schreiben und denselben bei dem Calcul von Gewinn und Verlust in Rechnung zu bringen. Die Statistik ist sogar mit ihren Zahlen und Daten so weit gegangen, ganz bestimmte Gesetze und Normen für die Opfer aufzustellen, die der Kampf mit den Elementen im Gefolge hat, anzugeben, und dem Seefahrer gewisse Verlustprocentsätze anzudeuten, mit denen erfahrungsmäßig die große Schifffahrt zu rechnen hat.

Wer die englischen und französischen Dampferlinien aufmerksam verfolgt, der wird aus den Zahlentabellen derselben leicht ersehen, in welchem Verhältniß auch die besten und am Vorzüglichsten ausgestatteten, mit erprobter Mannschaft und Führern versehenen Schiffe den Elementen zum Opfer fallen.

Nur von diesem Standpunct aus darf der Maßstab an das Erreichen der Ziele gelegt werden, die der Handelsschifffahrt auf oceanischen Bahnen gesteckt sind, nur von ihm aus wird sich ein ungefähres Urtheil gewinnen lassen, in welchem Umfange das dem Welthandel zur Arbeit anvertraute Capital seine Zinsen trägt und weiterer Vermehrung fähig ist. Ein Unfall wie der, welcher uns im vorliegenden Fall eines der brauchbarsten Fahrzeuge der Kauffahrteiflotte beraubt, kann wohl im Augenblick dazu führen, in der Verkehrs- und in der kaufmännischen Welt Kopfschütteln herbeizuführen. Niemals aber darf demselben eine Bedeutung und Tragweite beigemessen werden, deren Consequenz die Untergrabung des Vertrauens zur Bewältigung der Schwierigkeiten und Aufgaben sein würde, die der deutschen Nation auf dem Meere und jenseits desselben gestellt sind. Es wäre das geradezu ein Verzicht darauf, unter den Culturvölkern mit im ersten Gliede zu marschiren.

* In den vom **Wahlverein der deutschen Conservativen** herausgegebenen, für die Mitglieder bestimmten „Mittheilungen" findet sich über die verflossene Wahlbewegung und die Stellung der Parteien eine Betrachtung, die über die Bedeutung und die Folgen des **conservativ-national-liberalen Wahlcartells** sich sehr freundlich und anerkennend ausspricht. Es heißt darin u. A.: „Es hat auf allen Seiten und auch in der conservativen Partei nicht an Stimmen gefehlt, welche den Abschluß des Wahlcartells an sich, oder die einzelnen Bestimmungen desselben nicht billigten, oder sich von demselben keinen Nutzen für die Partei versprachen. Wir denken, daß der Erfolg im Ganzen diese Bedenken nicht gerechtfertigt hat. Die Wahlverbände der drei Parteien haben in loyalster Weise die Durchführung des geschlossenen Cartells in dem Sinne, in dem es vereinbart war, sich angelegen sein lassen; wenn es in einzelnen Wahlkreisen nicht an Differenzen fehlte, so lag das lediglich daran, daß die Wähler eben nicht überall den ihnen ausgesprochenen Wünschen entsprechen, und das Hauptresultat, der Sieg über die Oppositionsparteien, ist denn doch erreicht. Wäre die Lage etwa besser, wenn bei gesondertem Vorgehen der Parteien die der deutschen Conservativen einige Mandate mehr errungen hätte, dagegen aber an Stelle einer großen Zahl von Nationalliberalen Freisinnige im Reichstage säßen? — Wir empfehlen diese Bemerkungen der „**Kreuzzeitung**" zur Beachtung, wenn sie wieder das Bedürfniß empfindet, mit den **Nationalliberalen** über die Vorgänge bei den Wahlen Streit anzufangen.

* **Aus Metz** wird der „National-Zeitung" geschrieben:

Es ist neuerdings mehrfach in der Presse darüber Klage geführt worden, daß die **Straßburger Universität** für die moralische Eroberung der jüngeren Generation der **Elsaß-Lothringer** bisher nicht das geleistet habe, was man bei der Begründung der neuen Hochschule erwartete. Aber wie hätte sie es thun sollen, wenn in Folge der Fehler in der Unterrichtsverwaltung der niederen und mittleren Schulen die elsässischen Schüler bereits mit völlig fertigen politischen Anschauungen zur Universität kommen und sich gegenüber den Professoren persönlich und sachlich ebenso ablehnend verhalten, wie etwa die ultramontanen erzogenen Rheinländer gegenüber der Bonner Universität! Uebrigens ist zu bemerken, daß auch eine gelegentlich empfohlene Vorschrift, wonach jeder elsässische Student eine Anzahl Semester an einer rechtsrheinischen Universität studiren müßte, nichts helfen würde. Gerade die fanatischen Mitglieder der „Grubgenia" hatten auch rechtsrheinische Universitäten besucht. Aber die Elsässer, welche rechtsrheinische Universitäten besuchen, pflegen dort zusammenzuwohnen und ein von den übrigen Studenten ebenso abgesondertes Leben zu führen, wie hier. Das bloße Verlangen, die Elsässer sollten drüben studiren, würde also nichts helfen. Dagegen wäre es weit wirksamer, wenn man ermöglichte, daß die jungen Elsässer nach Zurücklegung des Staatsexamens zunächst ihre Anstellung in einem rechtsrheinischen Lande erhielten. Die jungen Leute würden sich dann vielfach dort ihre Frauen nehmen und es würden sich alsdann jene Familienbeziehungen mit Deutschland knüpfen, die bislang nur mit Frankreich bestehen, und deshalb ein so großes Hinderniß sind für das rasche Fortschreiten der Germanisirung. Auch würde die deutsche Atmosphäre der rechtsrheinischen Umgebung dauernd auf sie wirken.

* * *

* **Graf Heinrich Clam-Martinitz**, das geistige Haupt des **Czechenclubs**, dessen Tod wir kürzlich gemeldet, war am 15. Juni 1826 in St. Georgen in Ungarn als Sohn des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Karl geboren. Er absolvirte die juridischen Studien, trat sodann 1848 in den Staatsdienst, in dem er rasch die niederen Grade durchlief. Mit 23 Jahren war er bereits Bezirkshauptmann in Melnik, 1853 wurde er Statthaltereirath in Ofen, 1856 Landespräsident in Krakau. 1859 zog er sich vom Staatsdienste zurück, um sich der Verwaltung seiner Herrschaften (Smetschno und Schlan in Böhmen, Arbing, Innern- und Außernstein in Oberösterreich) zu widmen. Das folgende Jahr traf ihn aber bereits im politischen Leben, da er in den damaligen „verstärkten Reichsrath" berufen wurde. Rasch erreichte er hier die Führung der conservativen Majorität und erschien als Vertreter des von ihm erfundenen Princips der „historisch-politischen Individualitäten". Er war der eifrigste Gegner der Verfassung und einer Reichsvertretung und wollte, wie er in einer Broschüre „**Sustine et abstine**" (1860) ausführte, die Leitung der Staatsgeschäfte von der Bildung von „Adelskammern" abhängig machen. Auch im böhmischen Landtage war er der Führer des czechisch-feudalen Adels, im Reichsrathe erklärte er zu wiederholten Malen, daß er sich dort blos als Abgesandter des böhmischen Landtages betrachte. Dann kam die Zeit der czechischen Abstinenz, und erst im Jahre 1878 erfolgte auf Grund des bekannten Compromisses sein Eintritt in den Reichsrath, wo er in den Czechenclub eintrat und dessen geistige Führung übernahm. Seit mehr als zwei Jahren war Graf Heinrich Clam jedoch leidend und mußte sich erst zeitweilig, dann dauernd vom parlamentarischen Schauplatze zurückziehen. Er stand auch als Präsident an der Spitze der Gesellschaft des böhmischen Museums in Prag, das vorzüglich dank seiner Leitung der Schauplatz rein czechischer Bestrebungen wurde. Graf Clam war mit der Prinzessin Salm-Krautheim vermählt. Die Ehe blieb aber kinderlos, so daß seine Besitzungen nunmehr an seinen Bruder, den Abgeordneten Richard Graf Clam-Martinitz, fallen.

* Nach einem **Konstantinopeler Berichte** sind sowohl eine **christliche**, als auch eine **mohamedanische Deputation aus Kreta** in der Hauptstadt eingetroffen, und zwar die mohamedanische einen Tag früher als die christliche, obwohl erstere einen Tag später von Kreta abging, weshalb man vermuthet, daß die christliche Deputation sich in Griechenland aufgehalten habe. Die Forderungen, welche die christlichen Deputationen der Pforte unterbreiten wollen, sind folgende: Zwei Drittel von den Einnahmen der Insel und die ganzen indirecten Steuern sollen dem Budget Kretas zugeführt und die Steuererhebung den Inselbehörden überlassen werden. Die Pforte soll gehalten sein, alle Beschlüsse der kretensischen Nationalversammlung innerhalb der Frist von drei Monaten zu sanctioniren. Die Vertretung der christlichen Bevölkerung soll in der Nationalversammlung nicht die absolute Majorität, sondern zwei Drittel bilden und die Verleihung der Aemter dem Verhältnisse der christlichen zur mohamedanischen Bevölkerung entsprechen; die Beamten selbst sollen durch die Nationalversammlung gewählt werden. Die mohamedanische Deputation hat die Aufgabe, diese Forderungen zu bekämpfen. In unterrichteten Kreisen ist man jedoch überzeugt, daß die Pforte den Forderungen der christlichen Kretenser gegenüber keineswegs einen unversöhnlichen Standpunct einnehmen, sondern sich bemühen wird, durch theilweise Zugeständnisse, mit welchen sich auch die kretensischen Deputirten zufrieden geben dürften, ein Compromiß herbeizuführen. Auf der Pforte fanden zwischen dem Großvezier und Said Pascha in dieser Angelegenheit wiederholte Conferenzen statt.

* In **Belgien** herrscht unter der Arbeiterbevölkerung wieder Ruhe. Um einer Erneuerung der Bewegung, welche die Regierung ausschließlich der socialistischen Agitation zuschreibt, vorzubeugen, will das Ministerium durch neue gesetzliche Bestimmungen das Tragen aufrührerischer Embleme, wie die Aufreizung zu Unordnungen streng bestrafen und socialistische Agitationen unter dem Militair zu verhindern oder zu unterdrücken suchen.

* Mit der Untersuchung der Veranlassung zur Verhaftung des **italienischen** Deputirten Sbarbaro durch italienische Gendarmen an der **schweizerischen** Grenze ist der Chef des Tessiner Justiz- und Polizeidepartements Pedrazzini beauftragt worden. Nach einem ersten in Bern eingetroffenen Berichte soll die Tessiner Polizei von der Anschuldigung, mit der italienischen unter einer Decke gespielt zu haben, nicht getroffen werden, und das zufällige Durchgehen der Pferde mit dem Wagen, in welchem Sbarbaro saß, die einzige Ursache sein, daß derselbe seinen Verfolgern in die Hände fallen konnte.

* Entgegen den Mittheilungen in der colonialfeindlichen Presse giebt das Urtheil eines deutschen Arztes in der „Deutschen medicinischen Wochenschrift" über die **klimatischen Verhältnisse Neu-Guineas** aus berufener Feder beachtenswerthe Aufschlüsse, welche sich auf sorgfältige Beobachtungen eines deutschen Arztes, Dr. O. Schellong, stützen. Alles in Allem genommen, so resumirt dieser, so wird man mit der Malaria in Kaiser-Wilhelmsland als mit einer durch klimatische Einflüsse bedingten häufigen Erkrankung wohl auch weiterhin zu